

Tarifreform GEMA

Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

die GEMA hat einseitig zum 1. April 2013 ein neues „Bezahlsystem“ für die Wiedergabe von Musik – ob Live oder mittels Tonträger - in Kraft gesetzt.

Eine breite Mehrheit in diesem Hause wird der Auffassung der schwarz-grünen Koalition zustimmen, dass wir diese Tarifreform, so nicht wollen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn wenn nichts geschieht, wird die bisherige Tarifstruktur grundlegend verändert, mit Auswirkungen, die wir derzeit nicht abschließend beurteilen können.

Uns allen ist ja bekannt, dass für das Abspielen von Musik auf unterschiedlichsten Veranstaltungen, ob Vereinsfeste, Schulfeste, Kirmes oder Volksfeste sowie städtische Großevents, Gebühren zugunsten der Kunstschaffenden an die GEMA zu entrichten sind. Das geht auch in Ordnung! Die vielseitigen bisherigen Tarife beruhten aber auf einem zwischen den Musiknutzern und der Verwertungsgesellschaft der Musikschaffenden ausgehandelten Tarifsystem. Die GEMA hält dieses nach Branchen ausdifferenzierte System mit 7 Tarifen seit längerem für „ungerecht“, angeblich, weil u.a. die Großen, die Clubbetreiber und Diskotheken, bevorzugt seien gegenüber kleinen Veranstaltern und Vereinen. Künftig soll es nur noch 2 Tarife geben. Mit der neu eingeführten Linearisierung der Vergütungssätze soll dann die Nutzung von Musikrechten umso teurer werden, je größer der Veranstaltungsort ist. Dies soll erklärtermaßen die großen Tanzlokale und Diskos treffen. Hier sind wir in der Metropole Frankfurt zum Widerstand aufgerufen! Direkt eingreifen können wir wegen der bundesrechtlichen Basis der auf dem Urheberrechtsgesetz und dem Urheberrechtswahrnehmungsgesetz basierenden Tarifstruktur nicht.

Zusehen, wie unsere städtische Kulturszene geschädigt wird oder zumindest in große Schwierigkeiten gerät, wollen wir aber auch nicht!

Die vielseitige Frankfurter Kulturlandschaft, die mein Kollege Thomas Dürbeck immer im Blick behält, ist nicht nur ein Wohlfühlaspekt unserer weltoffenen und liberalen Großstadt. Eine interessante Diskotheken - und Clubszene ist vielmehr für die wirtschaftliche Entwicklung Frankfurts selbstverständlich auch ein nicht unbedeutender sog. weicher Standortfaktor!

Frankfurt am Main ist Standort der Europäischen Zentralbank, ein Bankenstandort par excellence, ein internationaler Wissenschaft- und Industriestandort! Und ansiedlungswillige Unternehmen achten heutzutage (Stichworte: demographischer Wandel, Fachkräftemangel) darauf, ihren Mitarbeitern und den benötigten Fachkräften ein attraktives Wohn – und Arbeitsumfeld anbieten zu können. Und Frankfurt bietet auch eine vielseitige und lebendige Kulturszene, die wir nachhaltig unterstützen und mit Hilfe unserer Wirtschaftsförderung im Aufbau, der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und – wichtig bei den Kreativen – der Vernetzung untereinander, unterstützen. Unsere im Angebotsspektrum breit gefächerte Disko - und Clubszene stellt somit einen „weichen“ Standortfaktor dar, der unverzichtbar für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Frankfurt ist. Wir legen ebenso Wert auf die Qualität unseres Opernhauses, des Schauspiels, der Theaterszene in allen Varianten, auf die Kunst- und Museenlandschaft, wie auf Kreativität und auf eine Musikszene, die Geselligkeit in Vereinen, bei tradierten Volksfesten, bei Nachbarschafts - und Stadtevents fördert. Frankfurt stellt sich als eine interessante Stadt dar, in der es sich nicht nur gut arbeiten, sondern auch angenehm wohnen lässt!

Die Diskotheken - und Clubbetreiber in Frankfurt sehen sich jetzt durch die Veränderung der Tarifstruktur, weg von pauschaler Abgeltung der Urheberrechtsnutzungen, hin zu Einzelvergütungen jeder Aufführung, in ihrer Existenz bedroht. Sie haben diese Bedrohung nicht nur generell in den Raum gestellt, sondern auch in Einzelgesprächen nachvollziehbar erläutert. Seitens der CDU-Fraktion haben wir uns die Einzelheiten von Vertretern des Clubs am Main, drei Betreibern einschlägiger Szenelokale, darstellen lassen. Sie tragen vor, mitnichten wäre der neue Tarif - der jenseits der Mindestvergütung - linear je 100 qm Raumgröße und je 1 EURO Eintrittsgeld verläuft, und angeblich 10 Prozent der Eintrittsgelder nicht überschreiten soll, wirtschaftlich zu verkraften, wie von der GEMA behauptet. Das erscheint uns nachvollziehbar. Anders als beispielsweise in Berlin liegt danach

nämlich in Frankfurt der Einnahmeanteil der Eintrittsgelder nicht bei 17 Prozent, wie eine von der GEMA insoweit für sich in Anspruch genommene Studie belegen soll, sondern bei über 40 Prozent. Im Hinblick auf die abzudeckenden Kosten für Live-Künstler, Personaleinsatz, Mieten und Getränkeeinkauf, die unabhängig vom Erfolg einer Veranstaltung anfallen, ist auch nachvollziehbar, dass die jeweilige Umsatzrendite hochvolatil, schwer prognostizierbar, ist. Die unsichere wirtschaftliche Perspektive könnte in der Tat auch negative Auswirkungen auf die sonstigen Betriebskosten, wie Kreditzinsen haben.

Zu diesen Betriebskostensteigerungen kommt ein erheblich höherer Verwaltungskostenaufwand durch die erforderlichen Einzelvoranmeldungen.

Allein der Umstand, dass ein Großteil der Betreiber der in Frankfurt ansässigen 80 – 90 Musik- und Tanzlokale sich im Sommer in Reaktion auf das Verhalten der GEMA zu einem Verein zusammengeschlossen hat und die demokratischen Institutionen als Anlaufstation für ihren Widerstand nutzt, zeigt, dass sie die Situation tatsächlich als kritisch einstufen. Im Interesse der Stadt muss eingegriffen werden, um schädliche Auswirkungen des Agierens eines Monopolisten zu begrenzen, möglichst ganz zu verhindern.

Der Antrag NR 428 von CDU und Grünen beauftragt den Magistrat deshalb, die finanziellen Auswirkungen der neuen Tarifstruktur auf städtische Großveranstaltungen sowie Vereins – und Feuerwehrfeste zu berechnen, und, soweit Kostensteigerungen zu erwarten sind, im Verhandlungswege mit der GEMA Verbesserungen im städtischen Interesse zu erwirken. Auch die Situation der Diskotheken - und Clubbetreiber in Frankfurt soll nach dem Wunsch der Koalition mit der GEMA erörtert werden. Ziel ist es, bis zu einer zeitlich noch nicht abzusehenden endgültigen Konfliktbeilegung praktikable und existenzabsichernde Zwischenlösungen zu installieren.

Nicht zuletzt aber hat die Befassung mit der Tarifstruktur auch zu der Erkenntnis geführt, dass das von der GEMA derzeit praktizierte Verteilungssystem, welches unterschiedliche Beteiligungsanteile dreier „Mitgliederklassen“ aufweist, möglicherweise zu erheblichen Einnahmeverzerrungen bei den Rechteinhabern führt.

Die GEMA ist daher dringend aufgerufen, ihr Verteilungssystem nachvollziehbar offenzulegen. Der Aufruf zur gerechten Beteiligung aller Kunstschaffenden am Einnahmekuchen ist politisch geboten.

Schließlich ist es die GEMA selbst, die das neue System mit dem Schlagwort „gerechtere Tarifstruktur“ verteidigt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!